Editorial

Christian Berger

Wohl als Ausdruck und Konsequenz von "Kriegstüchtigkeit", welche zum generellen Gebot politischen Handelns zu werden scheint, wird - nach den Katastrophen und der Zerstörung durch die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts in einer neuen Selbstverständlichkeit – proklamiert, dass "wir" für Wohlstand aufrüsten müssen (!), etwa im Der Spiegel (Schularick 2024). Wird Wachstum durch Aufrüstung also endlich wieder möglich, wie im Handelsblatt (Koch, Olk & Specht 2025) argumentiert wird? Derlei Überlegungen zum ökonomischen Nutzen von Kriegen wurden in der Geschichte politökonomischen Denkens immer wieder angestellt (Allio 2020). Auch im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg werden Investitionen in die europäische und insbesondere die deutsche Rüstungsindustrie gefordert, um Abhängigkeiten zu reduzieren und als Ausweg aus der wirtschaftlichen Rezession der letzten Jahre. Aufrüstung schaffe Prosperität, Abschreckung schaffe Sicherheit. So zumindest die gängige Erzählung. Dabei befinden sich die weltweiten Militärausgaben schon auf einem historischen Höchststand. Und tatsächlich lässt sich eine Militarisierung nicht nur der Außen- und Sicherheitspolitik beobachten, sondern auch zentraler Bereiche europäischer Wirtschaftspolitik (etwa der Finanzpolitik, namentlich der Fiskalregeln, der Forschungs- und der Industriepolitik), gesellschaftlicher und auch psychischer Strukturen. Die Logik "Sicherheit durch Abschreckung" wird normalisiert - entgegen der historischen Erfahrung, dass gerade Aufrüstungsspiralen (Welt-)Kriege überhaupt erst ermöglicht – und nicht befriedet bzw. beendet - haben.

Abrüstung oder friedenssichernde Politik spielen kaum noch eine Rolle, entsprechende völkerrechtliche Vereinbarungen wie Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag, 1990–2007), das Abkommen über den Austausch von Informationen über Militärmanöver (Wiener Dokument, 1990–2020) und das Abkommen über Rüstungskontrolle (INF-Vertrag, 1987–2019) sind allesamt außer Kraft getreten; die Bedingungen für ihre Erneuerung sind denkbar ungünstig. Wie Hélène Richard in *Le Monde diplomatique* (2025) argumentiert, löst aber gerade diese paradoxe Situation das eigentliche Sicherheitsdilemma aus: "Wenn es keine internationalen Vereinbarungen gibt, interpretieren beide Parteien die Verteidigungsmaßnahmen der Gegenseite als offensive Aktionen, worauf sie ihre militärischen Kapazitäten weiter ausbauen. Dadurch wird das Bedrohungsgefühl beim Gegner erneut verstärkt und so weiter."

Die in diesem Heftschwerpunkt versammelten Beiträge versuchen, diese und andere Entwicklung in Richtung einer Politische Ökonomie der Rüstungs- bzw. Kriegswirtschaft nicht nur zu hinterfragen, sondern einzuordnen und Alternativen aufzuzeigen. Zunächst zeigt Gabriele Michalitsch in ihrem Beitrag vor dem Hintergrund der Kritischen Theorie auf, wie Kampfbereitschaft und Kriegstüchtigkeit hergestellt werden, und welche psychopolitischen Grundlagen, sowie psychosozialen und politischen Folgen die Militarisierung von Gesellschaft und Subjekten hat. Claude Serfati analysiert, inwiefern der Plan "ReArm Europe", der im März 2025 durch die Europäische Kommission präsentiert wurde, Wachstum, technologische Dynamiken und Beschäftigung als Rechtfertigung für Rüstungspolitik zu nutzen versucht. Der Beitrag befasst sich außer-

4 Editorial

dem mit der Steigerung der Militärausgaben Frankreichs und hinterfragt, wer von europäischen "Kriegsdividenden" profitiert und wer nicht. Daran anknüpfend vollziehen Christian Berger und Michael Soder die Militarisierung der europäischen Wirtschaftspolitik und deren Folgen für die zivile, ökonomische und ökologische Entwicklung nach. Dabei setzen sie sich mit der dahinterliegenden kriegs- bzw. militärkeynesianischen Argumentation kritisch auseinander und betonen friedenwirtschaftlich orientierte Alternativen zu Aufrüstung. Felix Jaintner zeigt in seinem Artikel auf, welche strukturellen Veränderungen die russische Wirtschaft in den letzten Jahren erfahren hat, warum sich trotz westlicher Sanktionen eine neue ökonomische Dynamik entfalten konnte, welche Interessen und entwicklungspolitischen Strategien innerhalb des russischen Machtblocks konkurrieren. Der Heftschwerpunkt wird abgerundet durch einen Beitrag von Thomas Roithner, der Spannungsfelder zwischen der österreichischen Neutralität, dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik analysiert. Er setzt einen Gegenpunkt zu aktuellen Tendenzen und Entwicklungen und skizziert Ausgestaltungsmöglichkeiten der Neutralität Österreichs im Rahmen der Europäischen Union, um aktive friedenspolitische Beiträge auf internationaler Ebene zu leisten.

Literatur

Allio, R. (2020): Der ökonomische Nutzen von Krieg und Rüstungsproduktion. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 50(201), 573–591. https://doi.org/10.32387/proklav50i201.1922.

Koch, M., Olk, J. & Specht, F. (2025): Wachstum durch Aufrüstung – Deutschland könnte stark profitieren. Handelsblatt, 20.02.2025, https://www.handelsblatt.com/politik/international/sicherheit-wachstum-durchaufruestung-deutschland-koennte-stark-profitieren/100108525.html (aufgerufen am 07.09.2025).

Richard, H. (2025): Wie real ist die russische Bedrohung? Le Monde diplomatique, 10.04.2025, https://monde-diplomatique.de/artikel/!6069424 (aufgerufen am 07.09.2025).

Schularick, M. (2025): Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand. Der Spiegel, 28.03.2024, https://www.spiegel. de/wirtschaft/verteidigungsausgaben-wir-muessen-aufruesten-fuer-den-wohlstand-a-0d456e8d-ae8f-44dc-af56-7443992ead05 (aufgerufen am 07.09.2025).